

Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der
Katholischen Sozialwissenschaftlichen
Zentralstelle Mönchengladbach

nr. 48

Eurokommunisten - Wölfe im Schafspelz?

von Friedrich Graf v. Westphalen

Verlag J. P. Bachem

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ behandelt jeweils aktuelle Fragen aus folgenden Gebieten:

- Kirche in der Gesellschaft
- Staat und Demokratie
- Gesellschaft
- Wirtschaft
- Erziehung und Bildung
- Internationale Beziehungen / Dritte Welt

Die Numerierung der Reihe erfolgt fortlaufend.

Die Hefte eignen sich als Material für Schul- und Bildungszwecke.

Bestellungen sind zu richten an die
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Viktoriastraße 76
4050 Mönchengladbach 1

Redaktion:
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Mönchengladbach

Ungemein vielschichtig, ja faszinierend ist das Phänomen, welches in letzter Zeit mit dem Wort „Eurokommunismus“ belegt wird. Eurokommunismus – das bedeutet für viele schon fast ein demokratisches Gütesiegel; es bezeichnet Kommunisten, die in den westlichen Demokratien salonfähig geworden sind und nunmehr für würdig befunden werden, Koalitionen mit demokratischen Parteien einzugehen, die sogar – wie zum Beispiel in Italien – unmittelbar vor Übernahme der politischen Gesamtverantwortung in ihrem Land stehen. Eurokommunismus – das ist in dieser Sicht eine neue, aber offenbar ganz andersartige Variante des Marxismus-Leninismus, eine, die demokratisch geläutert ist, für die die historischen Parallelen und Erfahrungssätze einer stalinistischen Ära ebensowenig gelten wie Hinweise auf die geistig-politische Verwandtschaft zum sowjetischen Imperialismus in seiner Brutalität gegenüber Dissidenten und den Vertretern des „Prager Frühlings“, der gewaltsam am 21. August 1968 erstickt wurde. Eurokommunismus – das bedeutet dann aber auch Distanz zu Moskau, Absage an die eindeutige Verbindlichkeit des Sowjet-Kommunismus; das ist auch Rebellion im Gewand demokratischer Freiheiten – ein „positives demokratisches Phänomen in Europa“ also, wie es Djilas genannt hat¹). Eurokommunismus – das ist letztlich eben der Versuch, in Westeuropa einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu errichten²).

Doch dies nicht nur. Eurokommunisten – das sind für andere potentielle Totengräber der westlichen Demokratien. Sie haben zwar der „Diktatur des Proletariats“ als revolutionärem Endziel verbal abgeschworen³), aber der Marxismus-Leninismus bleibt für sie weiterhin die allein verbindliche Ideologie – nur, mit dem taktischen Unterschied, den Sozialismus nicht durch eine Weltrevolution, sondern Schritt für Schritt, entsprechend den jeweiligen Bedingungen des eigenen Landes, zu verwirklichen. Eurokommunisten – das sind nach dieser Auffassung die „trojanischen Pferde“ innerhalb der westlichen Allianz, weil sie – trotz aller Schattierungen und nationalen Besonderheiten – im Grunde ihres Herzens Kommunisten sind und bleiben, auch wenn sie noch so sehr dem sowjetischen Internationalismus eine Absage erteilt haben. Eurokommunisten – das sind, nimmt man alles in allem, Kommunisten mit einem anderen Etikett, und man muß fürchten, sie würden sich – einmal an der politischen Macht – genauso verhalten wie alle Kommunisten vor ihnen, nämlich: totalitär. Dies jedoch ist nur ein anderes Wort für das von den Eurokommunisten verhaßte und geschmähte Wort „stalinistisch“. Nicht erst seit Bekanntwerden des „Archipel Gulag“ erweist es sich ja, daß in kommunistischen Herrschaftssystemen stets nur das Maß stalinistischer Unterdrückung schwankt. Wenn aber auch Eurokommunisten – trotz allem – in erster Linie gläubige Kommunisten sind, dann ist letztlich dies zu bedenken: „Einen Kommunismus mit menschlichem Antlitz gibt es nicht – diese Chimäre ist objektiver Volksbetrug oder subjektiver Selbstbetrug“⁴).

Angesichts dieser Meinungsdivergenzen fällt es nicht leicht, der Faszination des Phänomens „Eurokommunismus“ nicht in der einen oder ande-

ren Weise zu erliegen. Doch gerade deswegen ist es nötig, sorgfältig das Gemeinsame und Besondere des Eurokommunismus herauszuarbeiten, wie es von den eurokommunistischen Parteien verstanden und praktiziert wird.

Distanz zum Sowjet-Kommunismus

Allen eurokommunistischen Parteien ist gemeinsam – und dies ist das erste objektive Element, das es zu beleuchten gilt –, daß sich diese Parteien keineswegs mehr uneingeschränkt am Gängelband des von Moskau vertretenen sowjetischen Kommunismus herumführen lassen. Sie bestreiten vielmehr rundweg den Alleinvertretungs- und Führungsanspruch Moskaus in Sachen Weltkommunismus – politisch und ideologisch. Den eurokommunistischen Parteien kommt es deshalb darauf an, einen eigenen Weg zum Sozialismus zu finden – unter genauer Beachtung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Besonderheiten des eigenen Landes.

Indessen ist die politische und ideologische Distanz zum Sowjet-Kommunismus nur eines der Charakteristiken des Eurokommunismus – ein häufig maßlos überschätztes zudem. Wichtiger – und für die politische Beurteilung des Eurokommunismus wesentlicher – ist: Die Eurokommunisten wollen unter den Bedingungen westlicher, industrialisierter Demokratien die Macht erobern – nicht auf revolutionäre Weise den Sieg des Proletariats erringen, sondern auf demokratischem, legalem Weg unter Respektierung der demokratischen Regeln des freien und unabhängigen Wahlrechts, des politischen Pluralismus. Nach einem Wort von Berlinguer bezeichnet Eurokommunismus die Konvergenz der kommunistischen Parteien in Fragen der Demokratie und des Pluralismus, während der französische KP-Führer, Georges Marchais, mit Hilfe des Eurokommunismus eine „sozialistische Gesellschaft, einen demokratischen Sozialismus“ errichten will⁶⁾.

Der Eurokommunismus will also – bündelt man die aufgezeigten Charakteristika – den grundlegenden Mangel beseitigen, den der Sowjet-Kommunismus gegenwärtig aufweist: Seine Unfähigkeit, bürgerlich-demokratische Freiheiten und Sozialismus miteinander in Einklang zu bringen⁶⁾. Dies kennzeichnet den politisch-ideologischen Schwerpunkt des Eurokommunismus. Und es wird deshalb zu untersuchen sein, ob eine derartige Synthese zwischen Demokratie und Sozialismus realistischerweise in Italien, Frankreich und Spanien erwartet werden kann, ohne daß dadurch die demokratischen Freiheiten gefährdet, eingeschränkt oder über Bord geworfen werden.

Wenn vom Eurokommunismus die Rede ist, so schließt dies ein, daß diese Form des Sozialismus einen qualitativ erheblichen Unterschied zu dem „real existierenden Sozialismus“ in Ost- und Mitteleuropa verkörpert und verkörpern soll. Auch wenn das Phänomen des Eurokommunismus – in dieser verbalen Bezeichnung – kaum älter als zwei Jahre ist, die

von Moskau wegführende Bewegung kommunistischer Parteien – zumal der Italiens, Frankreichs und Spaniens – ist so neu nicht. Sie läßt sich ziemlich sicher auf das Jahr 1956 zurückdatieren. Es war das Jahr des XX. Parteikongresses der KPdSU, als Chruschtschow in seinem denkwürdigen „Geheimbericht“ die Greuel und Schrecknisse stalinistischer Säuberungsaktionen zum ersten Mal verurteilte und damit die Periode der „Entstalinisierung“ offiziell einleitete – drei Jahre, nachdem Stalin am 5. März 1953 gestorben war.

Die KPI löst sich schrittweise von Moskau

Für die italienische KP war dies ein Signal. Sie distanzierte sich in der Folgezeit – dem Prinzip der kleinen Schritte folgend – vom Führungsanspruch des Kreml, eingeleitet durch die Veröffentlichung der „Elemente für eine programmatische Erklärung“ im Oktober 1956, wo die Grundzüge eines eigenen „italienischen Weges zum Sozialismus“ verankert wurden. Auf dem VIII. Parteikongreß der KPI vollzog dann Togliatti die Entstalinisierung nach, solidarisierte sich aber dessen ungeachtet mit der sowjetischen Invasion in Ungarn vom Oktober/November 1956. Ausgelöst von den Beschlüssen der Parteitage und angeregt durch Publikationen in den Parteiorganen breitete sich jedoch nach und nach eine innere Bereitschaft aus, die den italienischen Kommunisten den Blick dafür schärfte, zwischen der außenpolitischen Solidarität mit Moskau – auch der Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 wurde als erforderliche Abwehrmaßnahme gerechtfertigt – auf der einen Seite und den konkreten innenpolitischen und wirtschaftlichen Zuständen innerhalb der Sowjetunion auf der anderen Seite zu differenzieren. Daraus resultierte nach und nach die Erkenntnis, eine sozialistische Gesellschaft in Italien müsse gewiß anders aussehen als die in Rußland. Höhepunkt war dann das im August 1964 – ohne Absprache mit Moskau – publizierte Yalta-Memorandum Togliattis, wo unter anderem die Behandlung der sowjetischen Dissidenten durch die Kremlführung heftig kritisiert wurde – der Meilenstein des kommunistischen „Polyzentrismus“ war unwiderföflich gesetzt.

Der Versuch eines Volksfrontbündnisses in Frankreich

Die französische KP verfolgt die Theorie des Eurokommunismus bis zu einem Interview des damaligen Generalsekretärs, Maurice Thorez, mit der London Times vom 18. November 1946 zurück, wo Thorez erklärte: „Die Fortschritte der Demokratie in der ganzen Welt erlauben es uns, für den Marsch zum Sozialismus andere Wege ins Auge zu fassen als die von den russischen Kommunisten verfolgten“⁷⁾. Doch blieb diese Äußerung eine Eintagsfliege, denn Maurice Thorez konnte sich aufgrund seiner Vergangenheit – er war im sowjetischen Exil während des Krieges und

stützte seinen Einfluß in der KPF später vorwiegend auf sowjetische Unterstützung – selbst 1956 keine abweichende Meinung gestatten. Der eigentliche Durchbruch der französischen KP zum Konzept des Eurokommunismus erfolgte daher erst, als das Zentralkomitee der KPF am 5./6. Dezember 1968 in Champigny ihr Manifest „Pour une démocratie avancée“ verabschiedete. Dieses Manifest unterstrich die Notwendigkeit eines friedlichen Weges zum Sozialismus, der „zugleich den Besonderheiten (und) den Traditionen Frankreichs Rechnung tragen müsse“⁹⁾. Für unerlässlich hielt das Zentralkomitee der KPF, daß für die sozialistische Umwandlung der Gesellschaft die Mehrheit des Volkes gewonnen werden müsse – im Zeichen der „fortgeschrittenen Demokratie“, die Meinungs-, Koalitions- und Versammlungsfreiheit, die Freiheit der Gewerkschaften sowie das Streikrecht anerkennen würde. Doch ist die „fortgeschrittene Demokratie“ ihrerseits nichts anderes als die Vorstufe zum Sozialismus. Verständlich daher, daß eine wesentliche Forderung schon in Champigny anklang, die hernach im Rahmen des „programme commun“ vom 27. Juni 1972 verwirklicht werden sollte, bis daß sie im August 1977 die Kündigung erhielt: die Zusammenarbeit zwischen den Sozialisten Mitterands mit den Kommunisten als Volksfrontbündnis. Endgültig besiegelt wurde die eurokommunistische Haltung der französischen KP nochmals 1976, als Georges Marchais am 7. Januar im französischen Fernsehen erklärte: „Heute entspricht das Wort ‚Diktatur‘ (Diktatur des Proletariats) nicht mehr dem, was wir wollen. Es hat eine unerträgliche Bedeutung, welche unseren Zielvorstellungen und Thesen entgegengesetzt ist“⁹⁾. Und am 20. Januar erklärte Marchais nochmals eindringlich: „Die Diktatur des Proletariats bezeichnet nicht die Wirklichkeit unserer Politik“¹⁰⁾. Denn „die politische Gewalt, die die sozialistische Umwandlung der Gesellschaft vollziehen wird, unter Führung der Arbeiterklasse als Avantgarde, wird die gesamte Arbeiterschaft Frankreichs, gleichgültig, ob körperlich Arbeitende oder Intellektuelle, also die große Mehrheit des französischen Volkes von heute repräsentieren“.

Wie weit diese Absage an die grundlegende kommunistische Doktrin von der „Diktatur des Proletariats“ tatsächlich ernst gemeint ist, so daß auch Wahlergebnisse zuungunsten der Kommunisten von der KPF respektiert werden – dies wird uns noch zu beschäftigen haben. Doch ist zunächst noch die Haltung der spanischen KP gegenüber Moskau kurz zu beleuchten, weil die hier aufscheinenden Dissonanzen für den Eurokommunismus überaus bezeichnend sind – nicht erst, seitdem Santiago Carrillo auf dem 60. Jahrestag der sowjetischen Oktoberrevolution in Moskau Rede- verbot erhielt und daher gekränkt abreiste.

Carrillo beschimpft die Sowjets

Das markante Erlebnis im politischen Werdegang Carrillos war – mit einiger Gewißheit läßt sich dies sagen – die gewaltsame militärische Intervention der Warschau-Pakt-Staaten im August 1968, die alle Versu-

che Dubceks und seiner Gefährten, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu verwirklichen, den Todesstoß versetzte. Die „Breschnew-Doktrin“, wonach innerhalb der eigenen sowjetischen Machtsphäre politische und ideologische Abweichungen nicht toleriert werden, vollzog sich mit brutaler Zwangsläufigkeit. Und die spanischen Kommunisten, die in den Ereignissen des „Prager Frühlings“ ein Modell einer sozialistischen Gesellschaft sahen, „die wir unter den konkreten Bedingungen und Erfahrungen in Spanien haben sollten“ – sie waren allesamt bitter enttäuscht.

Indes, der Höhepunkt eurokommunistischer Lossagung von Moskau ist das Buch von Santiago Carrillo „Eurocomunismo y Estado“. Darin stürzt Carrillo die früheren Götter des Kommunismus vom Thron: „Lenins Thesen sind heute in den entwickelten kapitalistischen Ländern Westeuropas nicht mehr anwendbar“⁽¹¹⁾. Und vor allem: „Lenins proletarischer Staat ist nirgendwo verwirklicht, am wenigsten in jenem Land, das sich uns noch immer als Modell präsentiert“. „Heute stellt sich die Frage, ob die Strukturen des (Sowjet-)Staates nicht, zumindest teilweise, ein Hindernis für die Entwicklung zum Sozialismus darstellen“. Und dann ganz hart: „Die Dogmen der sowjetischen Genossen sind nicht geeignet, die kommunistischen Parteien (des Westens) in Regierungsparteien, geschweige denn in führende Parteien ihrer Länder zu verwandeln“. Pointiert liest sich schließlich die Kritik Carrillos an den gegenwärtig amtierenden Herrschern im Kreml: „Dieses System hat sich nicht verändert, hat sich nicht demokratisiert und sich in vielen Aspekten in seinen Erpressungen gegenüber den sozialistischen Oststaaten aufrechterhalten, wie der brutale militärische Einmarsch in die Tschechoslowakei vor Augen führte. Wir befinden uns immer noch nicht vor einem Staat, der als Arbeiterdemokratie bezeichnet werden kann“⁽¹²⁾.

Es war zu erwarten, daß die Verfechter des Eurokommunismus wegen ihrer antisowjetischen Haltung – aber nicht nur deswegen – von den Sowjets scharf attackiert werden würden. Nach üblichem Propagandamuster der Kommunisten wird Carrillo deshalb als Reaktionär eingestuft – und mit ihm alle, die den Eurokommunismus auf ihre Fahne geschrieben haben.

Ihnen allen – vertreten durch die Person Carrillos – wird „bewußter Antisowjetismus“ vorgeworfen⁽¹³⁾. Und es heißt, Carrillos Thesen führten zur Stärkung der NATO – entgegen den Forderungen des „Friedens“ und des Sozialismus. Natürlich gibt es in dieser Terminologie auch keinen „Eurokommunismus“⁽¹⁴⁾, sondern „nur einen Kommunismus“⁽¹⁵⁾, den „echten wissenschaftlichen, von Marx, Engels und Lenin begründeten Kommunismus“ welcher von der heutigen „kommunistischen Bewegung“ getreulich verwirklicht werde⁽¹⁶⁾.

Die politische Bedeutung der ideologischen Auseinandersetzung zwischen dem Sowjet-Kommunismus und den Vertretern des Eurokommunismus liegt auf der Hand. Denn der Eurokommunismus fördert, da er die Unabhängigkeit von Moskau betont, zwangsläufig etwaige Unabhängigkeitstendenzen innerhalb des sowjetischen Satellitensystems. Veröffent-

lichungen und mitunter einsetzende weltweite Proteste gegen die brutale und zynische Behandlung sowjetischer Dissidenten tun hier ihr Übriges. Rückwirkungen hat dabei auch die – mittlerweile allerdings doch in den Hintergrund getretene – Menschenrechtspolitik der amerikanischen Administration unter Carter. Und ebenfalls die Schlußakte von Helsinki ist hier zu nennen. Auch die allgemeine Entspannungspolitik – soweit sie nicht nur auf westlichen Vorleistungen beruht – spielt in diesem Zusammenhang ihre Rolle

Doch Moskau will auf jeden Fall innerhalb des eigenen Machtbereichs – die Breschnew-Doktrin belegt dies unwiderlegbar – das ausschließliche Sagen haben. Gegenüber den kommunistischen Bruderparteien in Europa gilt im wesentlichen das gleiche: Moskau will sie zwar stark und einflußreich, aber sie sollen abhängig sein, geführt am Gängelband sowjetischer Machtpolitik. Je mehr der Eurokommunismus seine politische und ideologische Unabhängigkeit von Moskau betont, je glaubwürdiger die Menschenrechtspolitik und je realistischer die Entspannungspolitik betrieben wird, desto interessewidriger ist diese Konstellation für die unmittelbaren Machtinteressen der Sowjets. Daraus könnte – vielleicht sogar schon unter dem bald erwarteten Nachfolger Breschnews – eine Verhärtung Moskaus resultieren: politisch, militärisch und ideologisch. Das Risiko einer militärischen Intervention – außerhalb der eigenen Machtsphäre und damit im Gegensatz oder doch in Weiterführung der Breschnew-Doktrin – zugunsten der Reinhaltung der kommunistischen Lehre erscheint nicht völlig auszuschließen zu sein, gerichtet gegen eine abweichlerische eurokommunistische „Bruderpartei“.

Obwohl Annie Kriegel dieses Risiko – sie ist selbst Kommunistin gewesen und hat das bislang einzige, ernstzunehmende Buch über den Eurokommunismus geschrieben¹⁷⁾ – durchaus für denkbar hält¹⁸⁾, steht doch ein anderes Risiko von Deutschland aus betrachtet im Vordergrund: Die gründliche Fehleinschätzung der eurokommunistischen Gefahr in Europa. Denn die schlechthin entscheidende Schlüsselfrage zum Verständnis der Eurokommunisten und ihrer politischen Ziele (und der sich daraus ergebenden Risiken und Gefahren) ist – darin hat der frühere amerikanische Außenminister, Henry Kissinger, vollkommen recht: Wie kommunistisch sind die Eurokommunisten? Ihre Unabhängigkeit oder – vorsichtiger formuliert – ihre Distanz zu Moskau und zum Sowjet-Kommunismus ist demgegenüber politisch und ideologisch von sekundärer Bedeutung.

Die hehren Demokratiebekenntnisse der Eurokommunisten

Nimmt man die eurokommunistischen Deklarationen zum Nennwert, so besteht kaum ein Zweifel: sie klingen in vertrauter Weise demokratisch, fast „über-demokratisch“. So heißt es zum Beispiel in einer gemeinsamen Erklärung der italienischen und französischen KP aus dem Jahre 1975, der sich im März 1976 auch die spanische KP angeschlossen hat –

und dies ist bezeichnend für die Einschätzung der politischen Ausgangslage in den westlichen Demokratien: „Die Lage in Frankreich und Italien ist gekennzeichnet durch eine Verschärfung der Krise, die sämtliche Bereiche des wirtschaftlichen, sozialen, politischen, moralischen und kulturellen Lebens erfaßt. In wirtschaftlicher Hinsicht wälzt diese Krise – ein unlösbarer Bestandteil der Krise, die das gesamte kapitalistische System erfaßt hat und die sich weltweit auf alle Wirtschaftsbeziehungen auswirkt – ihre schwerwiegenden Folgen auf die Arbeiter und die Volksmassen ab. Diese werden von der Arbeitslosigkeit und von den Preissteigerungen in Mitleidenschaft gezogen, die Landwirtschaft, das Handwerk und die Klein- und Mittelindustrie kämpfen unter beträchtlichen Schwierigkeiten um ihre Existenz⁽¹⁹⁾). Deutlich klingt darin an, wie sehr die Eurokommunisten nach wie vor die marxistische Grundthese vom Zerfall der kapitalistischen Wirtschaftsordnung vertreten – natürlich mit dem erforderlichen klassenkämpferischen Impetus.

Im zweiten Teil dieser Erklärung heben die Eurokommunisten dann auf ihre Demokratiefreundlichkeit ab, wenn sie sagen: „Die italienischen, französischen (und spanischen) Kommunisten sind der Ansicht, daß der Weg zum Sozialismus und der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, die sie ihren Ländern als Perspektive anbieten, im Rahmen einer fortlaufenden Demokratisierung des wirtschaftlichen, sozialen politischen Lebens verwirklicht werden müssen. Der Sozialismus wird eine höhere Phase der Demokratie und der Freiheit darstellen – die in denkbar vollkommener Weise erfüllte Demokratie. In diesem Sinne müssen alle Freiheiten garantiert und weiterentwickelt werden, ob sie nun Ergebnis der großen bürgerlich-demokratischen Revolution sind oder der großen Volkskämpfe unseres Jahrhunderts, bei denen die Arbeiterschaft an der Spitze stand. Das gilt für die Freiheit des Denkens und des Publizierens, die Presse-, Versammlungs-, Organisations- und Demonstrationenfreiheit, die Freizügigkeit der Menschen im In- und Ausland, die Unverletzlichkeit des Privatlebens, die Freiheit des Glaubens, die vollständige Freiheit, Gruppen zu bilden und jegliche philosophische, kulturelle und künstlerische Ansicht zum Ausdruck zu bringen⁽²⁰⁾).

Es fügt sich in dieses Bild, wenn es sodann heißt: „Die französischen und italienischen Kommunisten befürworten den Pluralismus der politischen Parteien, das Recht auf Existenz und Tätigkeit von Oppositionsparteien, die freie Bildung und Möglichkeit des demokratischen Wechsels von Mehrheiten und Minderheiten, den laizistischen Charakter und das demokratische Funktionieren des Staates sowie die Unabhängigkeit der Justiz⁽²¹⁾).

Keine Frage, diese Erklärungen – das angeführte Zitat soll stellvertretend für andere stehen – haben dazu beigetragen, den ideologischen Graben zwischen den Sozialisten und den Eurokommunisten einzuebnen. Viele glauben dieser Äußerung – uneingeschränkt und reichen ihre Hand zu typischen Volksfrontbündnissen, keineswegs nur in den eurokommunistischen Ländern, sondern auch bei uns, wie ein Blick auf die Hochschulszene an verschiedenen Plätzen belegt. Doch gegen diese hehren

Deklarationen vermeintlich freiheitlichen Demokratieverständnisses sollen nunmehr andere, durchaus gegenteilige Bekundungen gesetzt werden, um die alles entscheidende Frage schließlich zu beantworten: Wie weit haben sich die Eurokommunisten bereits vom Kommunismus entfernt; wie sehr sind sie noch Kommunisten?

Nicht ganz bedeutungslos ist es daher, wenn zum Beispiel Carrillo in seinem Buch „Eurocomunismo y Estado“ erklärt: „In gar keiner Weise haben wir die Möglichkeit beiseite getan, die Macht auch durch revolutionäre Mittel zu erreichen, falls die herrschenden Klassen die demokratischen Wege versperren“⁽²²⁾. Nicht minder bezeichnend ist Carrillos Einschätzung eines demokratischen Staatswesens: „Selbst in dem demokratischsten kapitalistischen Staat ist alles darauf ausgerichtet, die Interessen der herrschenden Klasse zu verteidigen“⁽²³⁾. Und in einem anderen Zusammenhang meint Carrillo: Es gelte die „äußerst gefährlichen Opiate für das Volk“⁽²⁴⁾ zu bekämpfen, und der Kampf zielt auf „beherrschende Positionen“ in Staat und Gesellschaft – „revolutionärer Ideale wegen“. In erster Linie gilt dies „gegenüber der Kirche, den Erziehungsstätten, den kulturellen Einrichtungen, gegenüber dem System der politischen Machtausübung und gegenüber den Informationsmedien“⁽²⁵⁾. Dabei modifiziert Carrillo die ursprüngliche Lehre von Marx: Aufgrund technologischer Fortentwicklung ist der Staat heute der eigentliche Monopolist; in seiner Hand vereinigen sich finanzielle und technische Ressourcen. Die Macht hat daher heute eine zahlenmäßig noch geringere Klasse in Händen als die herrschende Klasse der Arbeitgeber im 19. Jahrhundert. Diesen Staatsmonopolisten gilt deshalb der politische Kampf Carrillos – nicht um der „Diktatur des Proletariats“ willen, sondern im Bestreben, den Staat „demokratischer“ und „sozialistischer“ zu gestalten – im Verein mit den politischen Kräften der Mittelklasse, den „Kräften der Kultur“, wie Carrillo sie bezeichnet.

Leninistisches Zwielficht

Sonderlich freiheitlich-demokratisch im hergebrachten Sinn des Wortes und der Begrifflichkeit klingt dies nicht, sondern – bei allem Respekt für verbale Verbindlichkeit – recht revolutionär. Deshalb ist es auch so abwegig nicht, Carrillo und seinen eurokommunistischen Thesen den alten, aus politischer Erfahrung resultierenden Satz entgegenzuhalten: „Der politische Pluralismus hat seine Nachteile, wenn man an der Macht ist: befindet man sich aber in der Opposition, so hat er nur Vorteile. Weshalb soll man sie nicht ausnützen“⁽²⁶⁾? Auch den wiederholten Demokratiebetuerungen des italienischen KP-Chefs, Berlinguer, kann man nur sehr begrenzt Glauben schenken – nicht, weil Berlinguer sich selbst widersprüche, das weniger. Vielmehr: weil die politisch-philosophischen Thesen Berlinguers auf Gramsci zurückzuführen sind und dort revolutionär verortet werden müssen. Denn es ist schließlich bezeichnend, daß die Theorien Gramscis eine Renaissance gegenwärtig erleben – Gramsci, der

1937 nach neunjähriger Haft in den Kerkern des Faschismus als Generalsekretär der damals verbotenen KPI starb. Gramscis Thesen sind eine Anpassung der leninistischen Doktrin an die Besonderheiten einer entwickelten Industriegesellschaft. „Leninistisches Zwielficht“⁽²⁷⁾ umgibt deshalb die politische Zielrichtung des Italokommunismus. Gramscis Thesen lassen sich kurz wie folgt wiedergeben: Der Sozialismus wird durch die Institutionen des demokratischen Parlamentarismus durchgesetzt. Voraussetzung hierfür ist, daß die KP die kulturelle Hegemonie zuvor erobert. Ziel ist, eine politische und wirtschaftliche Hegemonie der Arbeiterklasse in Italien aufzubauen. Einzig historisch legitime Führungskraft ist hierbei die Kommunistische Partei. Zwar hat auch Gramsci die leninistische These von der „Diktatur des Proletariats“ ausdrücklich für Italien als ungeeignet zurückgewiesen. Doch hält Gramsci – und ihm folgend die Eurokommunisten Italiens – die „Hegemonie der Arbeiterklasse“ jetzt jenem leninistischen Konzept entgegen – kein Wunder, daß in der politischen Realität sich die Unterschiede beider Aspekte auf die Semantik reduzieren. Denn die kommunistische Partei wird – ihren Hegemonieanspruch erhebend – zum Transmissionsriemen politischer Entwicklungen, mit dem deutlichen Vorsatz, diese Hegemonie auch auf der Ebene des Staates durchzusetzen. Man mag dieses Vorhaben „demokratisch“ nennen. Zutreffender erscheint es, in dieser Konzeption den Vollzug einer „schrittweisen Revolution“ zu sehen – freilich weitgehend unbemerkt, fast schmerzlos, sozusagen in einer zwingenden „demokratischen Dialektik“, die jedoch der naturnotwendigen Dialektik des historischen Materialismus im Ergebnis entspricht und sich demzufolge ganz konsequent hieraus – philosophisch und ideologisch – ableitet. Am Ende der jetzt in Italien eingeleiteten Entwicklung steht dann doch trotz aller demokratiefreundlichen Bekundungen der Vollzug einer Revolution, „die geschichtlich institutionalisierte Vorherrschaft, der machiavellistisch bevollmächtigte Parteistaat“⁽²⁸⁾.

Freilich, diese Interpretation – die Widerlegung der demokratiefreundlichen Thesen Berlinguers durch einen Rückgriff auf die Philosophie Gramscis – mag als Spitzfindigkeit bezeichnet werden, man mag ihr auch fehlende Toleranz und Boshaftigkeit in der Bewertung edler politischer Motive vorwerfen. Doch diesem Einwand ist mit dem Satz der politischen Erfahrung zu begegnen: Kommunisten haben immer kommunistische Politik aufgrund kommunistischer Ideologie betrieben. Ihr Verhalten in demokratischen Ländern, in denen sie die politische Macht noch nicht okkupiert haben, ist immer „mit dem von Missionaren in heidnischen Ländern vergleichbar. Sie müssen sich mit dem lokalen Aberglauben abfinden und ihn in einem gewissen religiösen Synkretismus akzeptieren. Doch diese Toleranz kann nicht endgültig sein. Denn warum sollte sich derjenige, der sicher ist, daß er recht hat, daß er das Gute kennt, daß er über eine wissenschaftliche Theorie des Verstehens und der Verwaltung von Gesellschaften verfügt, der demokratischen Konvention unterwerfen“⁽²⁹⁾?

Das Ergebnis dieser Beobachtung trifft auf die französische KP in noch

stärkerem Maße als auf die italienische zu. Als das zwischen Kommunisten und Sozialisten verabschiedete „Gemeinsame Programm“ vom 27. Juni 1972 noch Marchais und Mitterrand verband, konnte man darauf verweisen, die französische KP habe programmatisch die demokratische Legitimation von Wahlen und den Parteienpluralismus akzeptiert. Denn es hieß in diesem „Gemeinsamen Programm“: „Wenn das Vertrauen des Landes den Mehrheitsparteien entzogen würde, würden sie die Macht aufgeben und den Kampf in der Opposition wieder aufnehmen“⁽³⁰⁾. Daß die „vereinigte Linke“ jedoch gleichzeitig eine Änderung des französischen Wahlrechts zugunsten eines Verhältniswahlrechts forderte und gleichzeitig eine weitreichende Beschneidung der Präsidialgewalten der Verfassung anstrebte – alles, um das Risiko eines Machtwechsels nach einer Machtübernahme zu verringern – steht auf einem anderen Blatt. Doch das „programme commun“ gehört inzwischen der Vergangenheit an.

Ob mit dem Verzicht auf das „programme commun“ das demokratische Glaubensbekenntnis der französischen KP ebenfalls in Vergessenheit geraten ist, läßt sich im Augenblick noch nicht abschließend sagen. Doch es verdient festgehalten zu werden: Mit erstaunlicher Deutlichkeit setzt Marchais das Konzept „seiner“ Demokratie der in Frankreich real existierenden Demokratie entgegen, so daß zumindest die Frage erlaubt sein muß, ob denn die verbalen Konzessionen Marchais' sich nur auf „sein“ demokratisches Konzept beziehen oder auch die real in Frankreich existierende Demokratie betreffen. Immerhin erklärte Marchais in der kommunistischen Zeitung „L'Humanité“ vom 6. Mai 1977: „Die Großbourgeoisie, ihre leitenden Politiker und ihre Botschafter mögen über Menschenrechte reden („bavarder“), das System aber, welches sie verteidigen, ist von Natur aus ausbeuterisch und unterdrückerisch. Gegenüber der Demokratie und der Freiheit ist es im Wesenskern feindlich“⁽³¹⁾. Und weiter: „Im gleichen Maß wie die Feindschaft gegen die Demokratie zum Wesen des modernen Kapitalismus gehört, im gleichen Maß ist es erforderlich, daß die Freiheit sich für die Entwicklung zum Sozialismus hin entfaltet“.

Auffallend: nicht von den in der Verfassung garantierten Bürgerfreiheiten ist die Rede, sondern nur von der Freiheit im Singular – von einer Freiheit, die sich erst im Sozialismus vollendet, weil ja auch dort erst die wahre Demokratie ihre Erfüllung findet. Damit aber konkretisiert sich der Verdacht: die französischen Kommunisten sind allenfalls verbale Verfechter demokratischer Freiheitsbedürfnisse, nicht aber – wenn sie einmal an der Macht sind – Wahrer demokratischer Freiheitsrechte. Dem steht keineswegs entgegen, daß Marchais das Konzept der „Diktatur des Proletariats“ fallengelassen hat. Denn dies ist doch nur eine Änderung des Etiketts, keine demokratische Neubesinnung, die sich dahinter verbirgt. Und just so wird sie auch von den französischen Wählern der KP verstanden: 54 v. H. antworteten auf die Frage, was sich denn – zum Guten oder zum Schlechten oder überhaupt – geändert habe, seitdem

nicht mehr von der „Diktatur des Proletariats“ die Rede sei, mit „gar keine Änderung“⁽³²⁾).

Bilanziert man also die Belege für die demokratische Glaubwürdigkeit der Eurokommunisten, so ist das Resultat kaum sehr beeindruckend. Verbale Konzessionen, semantische Verschleierungen stehen im Vordergrund. Vor allem aber: die demokratische Nagelprobe, ob denn wirklich ein den Eurokommunisten ungünstiges Wahlergebnis von ihnen – wenn sie einmal die Macht haben – respektiert wird, ist bisher noch nicht erbracht worden. Noch war es nicht erforderlich; noch waren die Eurokommunisten nicht gezwungen, die Macht wieder freiwillig aus den Händen zu geben. Noch können sie sich ihrer demokratischen Lippenbekenntnisse daher rühmen, verantworten müssen sie diese gegenwärtig jedenfalls noch nicht.

Wie mächtig sind die eurokommunistischen Parteien?

Kein Zweifel, am weitesten ist die Entwicklung in Italien vorangeschritten: Bei den letzten Regionalwahlen war die KPI mit 33,4 v. H. die zweitstärkste Partei nach den Christdemokraten, auf die 35,3 v. H. der Stimmen entfielen. Dieses Wahlergebnis war für die KPI ein durchschlagender Beweis für die Richtigkeit des von Berlinguer angestrebten „historischen Kompromisses“. Dieser wurde Ende September/Anfang Oktober 1973 – unter dem Eindruck des Scheiterns des „chilenischen Experiments“ unter Allende – konzipiert. Die KPI zog aus diesen Erfahrungen die Lehre, „daß die Einheit der Arbeiterparteien und der Linkskräfte für eine Verteidigung und den Fortschritt der Demokratie nicht ausreicht, wenn dieser Einheit ein von der Mitte bis zur extremen Rechten reichender Parteienblock gegenübertritt“. Selbst mit 51 v. H. der Stimmen sei „keine Garantie für das Überleben und die Arbeitsfähigkeit einer Regierung gegeben, die Ausdruck jener 51 v. H. wäre“. Deshalb gilt es für die KPI, verstärkt den Kampf um die politische Mitte zu führen, weil „die Ernsthaftigkeit der Probleme des Landes, die immer bedrohlicheren Gefahren reaktionärer Abenteuer und die Notwendigkeit, der Nation schließlich doch einen sicheren Weg wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Erneuerung und demokratischen Fortschritts zu öffnen: all dies bedeutet, daß die Zeit immer mehr drängt und reif ist, um das anzustreben, was als der neue große „historische Kompromiß“ zwischen den Kräften bezeichnet werden kann, die die überwältigende Mehrheit des italienischen Volkes in sich vereinen und repräsentieren“⁽³³⁾. Diesen „historischen Kompromiß“ Berlinguers wird man – wie die bisherige Entwicklung gezeigt hat – nicht nur als ein auf die Tagesaktualität abzielendes politisches Angebot zur Zusammenarbeit mit den Christdemokraten werten dürfen. Der „historische Kompromiß“ ist vielmehr als politische Strategie der KPI zu begreifen, die Macht in Italien dann zu übernehmen, wenn die Christdemokraten – sie stehen stellvertretend für die bisherige Demokratie – gänzlich gescheitert sind.

Ob die Rechnung des finessenreichen Sarden, die Macht in Rom zu übernehmen, aufgeht, wird aber auch entscheidend davon abhängen, wie das katholische Italien sich letztlich gegenüber Berlinguer verhalten wird. Dieser bemühte sich erst jüngst in einem offenen Brief, den Nachweis zu erbringen, daß die KPI keine atheistische Partei sei, schon gar nicht sei sie gegen die Religion, und Berlinguer meinte: „Bekennst die italienische kommunistische Partei als solche, d. h., indem sie Partei, politische Organisation ist, ausdrücklich die marxistische Ideologie als materialistische atheistische Philosophie?“ Zwar insinuiert Berlinguer damit deutlich ein „Nein“, doch seine Antwort ist – und dies ist durchaus bezeichnend – im Irrealis abgefaßt: „Ich würde antworten: Nein“⁽³⁴⁾. Wie schwach dieses „Nein“ letztlich begründet ist, ergibt sich aus einer anderen Passage dieses Briefes: „Ohne die marxistische Analyse, d. h. ohne den kritisch verstandenen und als Lehre angenommenen, nicht aber dogmatisch gelesenen Marxismus, wäre nicht nur die heutige Position der KPI undenkbar, sondern auch ihr Wachstum“⁽³⁵⁾.

Im Ergebnis dürfte sich damit Berlinguer noch nicht entscheidend von der These Gramscis entfernt haben, wo dieser sagt: „Der Sozialismus ist genau die Religion, die das Christentum abschaffen muß. Religion – weil auch er ein Glaube ist, der seine Mystiker und Praktiker hat; Religion – weil er im Bewußtsein den transzendentalen Gott der Katholiken ersetzt hat durch das Vertrauen in den Menschen und seine besten Kräfte als einzige geistige Wirklichkeit. Unser Evangelium ist die moderne Philosophie . . ., die ihre Grundlage einzig in die Geschichte verlegt, in die Geschichte, für deren Vergangenheit wir die Geschöpfe, für deren Zukunft wir die Schöpfer sind“⁽³⁶⁾.

Waches Mißtrauen ist also die einzig legitime politische Antwort auf den „historischen Kompromiß“ Berlinguers, und es ist zu hoffen, daß Berlinguer vom Vorhof der politischen Macht in Rom nicht so bald unmittelbar an die Schalthebel der Macht gelangt. Doch scheint die Entwicklung in Italien nahezu unaufhaltsam auf den Kommunismus zuzusteuern. Dies ist im Blick auf Frankreich im Augenblick nicht mehr so wahrscheinlich, nachdem die „Vereinte Linke“ sich im Sommer 1977 zerstritten hat. Die Ursachen hierfür liegen auf der Hand: Mit den Sozialisten Mitterands vereint, spielten die Kommunisten unter Georges Marchais erkennbar die „zweite Geige“, sie büßten revolutionären Elan ein, und ihre Popularitätskurve ging deutlich nach unten. Die Sozialisten Mitterands ernteten Früchte, die sie nicht gesät hatten. Hatte man noch vor Jahresfrist fest damit gerechnet, im März 1978 werde es bei den Parlamentswahlen einen überwältigenden Sieg der „Vereinten Linken“, geben, so scheint diese Aussicht mittlerweile von den Ereignissen widerlegt zu sein. Doch zu sicher sollte man nicht sein. Zwar deutet im Augenblick wenig darauf hin, daß das Bündnis zwischen Kommunisten und Sozialisten wieder gekittet wird, doch ist keineswegs auszuschließen, daß Georges Marchais seinen Wählern im März die Anweisung geben wird, im zweiten Wahlgang für die sozialistischen Kandidaten zu stimmen. Im praktischen Resultat würde dies zwar nicht unbedingt einen Sieg der Linken bedeuten, wohl aber

eine schwere Erschütterung der ohnedies im Augenblick nicht sehr stabilen innenpolitischen und wirtschaftspolitischen Verhältnisse in Frankreich. Der kommunistischen Partei käme dies allemal zustatten, zumal sie sich – seit der Trennung von den Sozialisten Mitterrands – wieder im Aufwind der öffentlichen Gunst befindet: Seit dem Bruch der Volksfront hat die KPF ihren Stimmanteil von 19 auf 21 v. H. gesteigert, während die Sozialisten von 28 auf 24 v. H. zurückfielen³⁷⁾.

Auch in Spanien wird man auf absehbare Frist damit rechnen müssen, daß die kommunistische Partei unter Carrillo eine zentrale Rolle spielt, auch wenn sie in den letzten Wahlen nur 9 v. H. der Popularstimmen auf sich vereinen konnte. Doch in Spanien drückt die Last historischer Erinnerungen an den Bürgerkrieg – gleichgültig, ob man Kommunist oder Antikommunist ist, kein Spanier hat diese Erinnerungen bislang völlig aus seinem Gedächtnis ausgemerzt. Daher ist es von Belang, daß die Erinnerung noch wach ist, mit welcher brutalen Härte die Kommunisten seinerzeit ihre sozialistischen Bundesgenossen opferten, wenn sie dies strategisch für richtig hielten. Die Sozialisten unter Gonzales scheinen daher im Augenblick keinen großen Appetit auf Volksfrontbündnisse zu verspüren. Solange dies so bleibt, besteht die Bedeutung der spanischen KP – vor allem aber ihres Führers, Santiago Carrillo – darin, die eurokommunistischen Glaubensbekenntnisse weiter zu profilieren. Indes verschafft dies mehr Ansehen im Ausland und bei anderen eurokommunistischen Glaubensgenossen als im Lande selbst. Die Macht ist der spanischen KP zwar noch nicht entglitten, aber die Schalthebel der Macht liegen im Augenblick noch in recht weiter Ferne.

Die Schwelle vom Wachtraum zum Alptraum

Das politisch vordringliche und ganz eindeutige Ziel aller Eurokommunisten ist es allerdings – und darin unterscheiden sie sich eben in gar keiner Weise von anderen Kommunisten – die Macht durch die kommunistische Partei zu erringen. Dies ist das Ziel ihrer Aktivitäten – und alle geschichtliche Erfahrung belegt, daß die Kommunisten, einmal an die Macht gelangt, nicht bereit sind, diese auf demokratischem Wege wieder abzugeben. Was also die Eurokommunisten von den Kommunisten unterscheidet, ist nur ein Etikett, geprägt von einer gewissen Distanz gegenüber dem Sowjet-Kommunismus, wie er von Moskau verwirklicht wird. Doch dies ist keine Distanz zum Kommunismus, wie vielfach leichtgläubig angenommen wird. Dies ist nur eine auf Teilbereiche beschränkte Kritik an tadelswerten Erscheinungsformen des sowjetischen – zutiefst unmenschlichen – Bürokratismus und Imperialismus. Eurokommunismus – das ist also keine demokratische Spielart eines Kommunismus, es ist lediglich alter Wein in neuen Schläuchen. Nur diese Sicht – und die daraus politisch abzuleitenden Konsequenzen eines freiheitlichen Anti-Kommunismus – wird Europa davor bewahren, den verderblichen Schritt zu tun, der in der Politik die Schwelle bezeichnet, an der Wachträume zu Alpträumen werden.

Anmerkungen

- 1) Vgl. „Die Welt“ vom 17. 11. 1977.
- 2) Kriegel, *Un Autre Communisme?*, Hachette 1977, S. 24.
- 3) Hierzu Timmermann, *Eurokommunismus – Eine Herausforderung für Ost und West*, Deutschlandarchiv, Nr.12/76, S. 1276.
- 4) Revel, *Die totalitäre Versuchung*, Frankfurt 1976 (Außenumschlag).
- 5) Kriegel, a.a.O.
- 6) Kriegel, a.a.O., S. 39.
- 7) Zitiert nach Baron, *Das Volksfrontbündnis und die Entwicklung des Parteiensystems in Frankreich*, Köln 1977, S. 11, Fn. 35.
- 8) Im einzelnen Baron, a.a.O., S. 38 ff.
- 9) Kriegel, a.a.O., S. 54.
- 10) Kriegel, a.a.O., S. 55.
- 11) Jaenecke, *Das dritte Schisma der roten Kirche*, *Die Zeit*, 1. 7. 1977, S. 13 – auch für die folgenden Zitate.
- 12) Ramseier, *Ketzerei als Lehre der Geschichte*, *Vorwärts*, 28. 7. 1977, S. 15, 16.
- 13) *Neue Zürcher Zeitung*, 25. 6. 1977, S. 1.
- 14) Hierzu Kritik aus der sowjetischen Zeitschrift „*Neue Zeit*“, vgl. Abdruck in: *Die Welt*, 30. 6. 1977, S. 8.
- 15) Hierzu Fn. 13.
- 16) Ebenda.
- 17) Kriegel, *Un Autre Communisme?*, Hachette 1977; vgl. auch hinsichtlich der Dokumente Steinkühler, *Eurokommunismus im Widerspruch*, Köln 1977.
- 18) Kriegel, a.a.O., S. 130 ff.
- 19) Steinkühler, a.a.O., S. 276 – zitiert nach Hampel, *Provokation Eurokommunismus*, *Deutsche Tagespost*, 10. 8. 1977, S. 6.
- 20) S. 277 – Hampel, a.a.O.
- 21) Ebenda.
- 22) *Economist*, 5. 1. 1977, S. 61, 63.
- 23) Ebenda.
- 24) Ebenda.
- 25) Ebenda.
- 26) Revel, a.a.O., S. 37.
- 27) Dalma u. a., *Euro-Kommunismus*, Zürich 1977, S. 13 ff.
- 28) Ebenda, S. 15.
- 29) Revel, a.a.O., S. 36.
- 30) Zitiert nach Baron, a.a.O., S. 52.
- 31) Kriegel, a.a.O., S. 63.
- 32) Kriegel, a.a.O., S. 57.
- 33) Zitiert nach Timmermann, „Historischer Kompromiß“ oder Volksfront?, *Beilage für Wochenzeitung „Das Parlament“*, 24. 4. 1976, S. B 17.
- 34) *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14. 10. 1977, S. 3.
- 35) *Die Welt*, 14. 10. 1977, S. 8.
- 36) Zitiert nach Hampel, a.a.O.
- 37) *Der Spiegel*, Nr. 1/78, S. 60.

Zur Person des Verfassers:

Dr. jur. Friedrich Graf von Westphalen, Rechtsanwalt, Köln.